

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Am Ende eines Jahrzehnts voll Irritationen in der Europäischen Union kann der Eindruck entstehen, die öffentliche Diskussion über die europäische Einigung treibe auf einen für den weiteren Erfolg des Einigungsprojekts entscheidenden Punkt zu, den anzusprechen aber lange vermieden wurde: Die Frage nach Zweck und Ziel der europäischen Integration. Kürzlich hat der Historiker Heinrich August Winkler gefordert, sich mit der bisher „verdrängten Finalität“ des Einigungsprozesses zu befassen. Diese Debatte müsse mit Ehrlichkeit und dem Blick auf das Machbare geführt werden, alles andere würde nur den Nationalisten nutzen. Wer die Parole ausbebe, „es gelte, die Nationalstaaten in einem vereinigten Europa aufzulösen, übersieht, dass die überwältigende Mehrheit der Europäerinnen und Europäer gar nicht daran denkt, ihren historisch gewachsenen Nationalstaat aufzugeben.“¹ Die Ausführungen Winklers ähneln auffallend denen von Joschka Fischer, der 2000 in einer ganz anderen europapolitischen Situation ebenfalls vehement forderte, über die „Finalität“ der europäischen Integration nachzudenken und dabei auf die Machbarkeit zu achten. Täte man dies nicht, würden die Menschen nur umso mehr an den „Sicherheit und Geborgenheit vermittelnden Nationalstaaten festhalten.“²

Zu der angemahnten Ehrlichkeit würde die Frage gehören, ob die Europäische Union eine Wertegemeinschaft ist. Nach ihrem Selbstverständnis ist sie dies, aber auch in der Praxis? Werte lassen sich nicht in Verträgen festlegen. Es sind gesellschaftliche Übereinkünfte, Normen, Moralvorstellungen, „ungeschriebene Gesetze“, die von den Völkern bestimmt werden. Keine Regierung kann sich auf Dauer gegen die Wertvorstellungen der eigenen Bevölkerung stellen. Die Frage nach der Wertegemeinschaft zu stellen, bedeutet auch zu fragen, ob die Werte und die politischen und gesellschaftlichen Präferenzen der Bürger – nicht zuletzt in Bezug auf Europa – in den europäischen Ländern so ähnlich, so kompatibel sind, dass sie eine weitere institutionelle Integration vertragen. Die Umfragen aus den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten lassen dies zweifelhaft erscheinen.

Zweck und Ziel der europäischen Einigung

Wie sehr sich das Bild von der Europäischen Union von Land zu Land unterscheiden kann, zeigen Ergebnisse einer im Frühjahr 2019 vorgestellten Repräsentativumfrage in Ungarn.³ In dieser wurde nach den größten Vorteilen der EU-Mitgliedschaft gefragt. Auf ähnliche Fragen in Deutschland erhält man eine große Bandbreite von Antworten. Auf die im weiteren Sinne vergleichbare Frage „Was kennzeichnet Europa, was macht Europa vor allem aus?“ antworteten im Jahr 2012 71 Prozent der Befragten, sie dächten dabei an Demokratie, 65 Prozent an Frei-

1 Heinrich August Winkler: Die verdrängte Finalität, in: Internationale Politik 3/2019, S. 8-13.

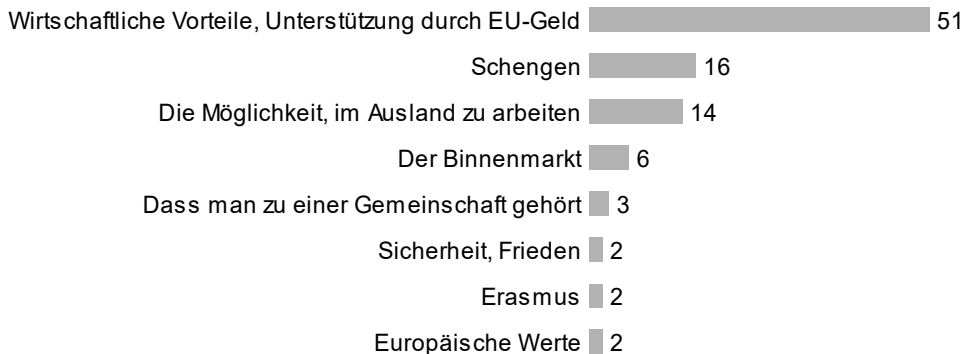
2 Joschka Fischer: Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, Rede in der Humboldt-Universität zu Berlin am 12.5.2000, in: integration 3/2000, S. 149-156.

3 Policyolutions/Friedrich-Ebert-Stiftung: 15 ÉV UTÁN. Az Európai Unió és a Magyar társadalom, 24.4.2019, abrufbar unter: https://www.policyolutions.hu/userfiles/Policy_Solutions_15_ev_utan_EU_es_a_magyar_tarsadalom.pdf (letzter Zugriff: 28.8.2019).

heit, 60 Prozent an den guten Wirtschaftsstandort Europa, 53 Prozent erwähnten die Menschenrechte, 44 Prozent das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen.⁴ Bei der in Ungarn gestellten Frage konzentrierten sich die Antworten dagegen fast ganz auf ökonomische Aspekte: 51 Prozent der Befragten nannten wirtschaftliche Vorteile und die EU-Fördermittel. Mit weitem Abstand folgten das Schengen-Abkommen (16 Prozent) und die Möglichkeit, im Ausland zu arbeiten (14 Prozent). Gerade einmal zwei Prozent nannten Sicherheit und Frieden sowie europäische Werte als größte Vorteile der EU-Mitgliedschaft Ungarns (Grafik 1). Von einem „europäischen Geist“, der Idee von der europäischen Einigung als Friedensprojekt oder dem Gefühl einer kulturellen Zusammengehörigkeit, ist nichts zu erkennen. Angesichts solcher Ergebnisse drängt sich der Verdacht auf, dass nicht nur Großbritannien, sondern auch andere Länder, vor allem in Ost-Mitteleuropa, der Europäischen Union aus anderen Motiven beigetreten sind als jene, welche die Gründer der Gemeinschaft angetrieben hatten.

Grafik 1: Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft aus ungarischer Sicht

Frage: „Was sind die größten Vorteile der Mitgliedschaft Ungarns in der Europäischen Union?“



Quelle: Polycysolutions/Friedrich-Ebert-Stiftung 2019.

An diesem Punkt zeigt sich, wie gefährlich es ist, wenn, wie in den letzten Jahrzehnten geschehen, zwar intensiv über die wirtschaftlichen Aspekte der europäischen Einigung diskutiert wird, die historisch-politischen Gründe aber kaum zur Sprache kommen. Wenn in einer wirtschaftlichen Krisensituation die Bürger der Mitgliedsländer den Eindruck gewinnen, dass die EU-Mitgliedschaft ökonomische Nachteile mit sich bringen könnte, fehlen Argumente, die für den Zusammenhalt der Gemeinschaft sprechen.

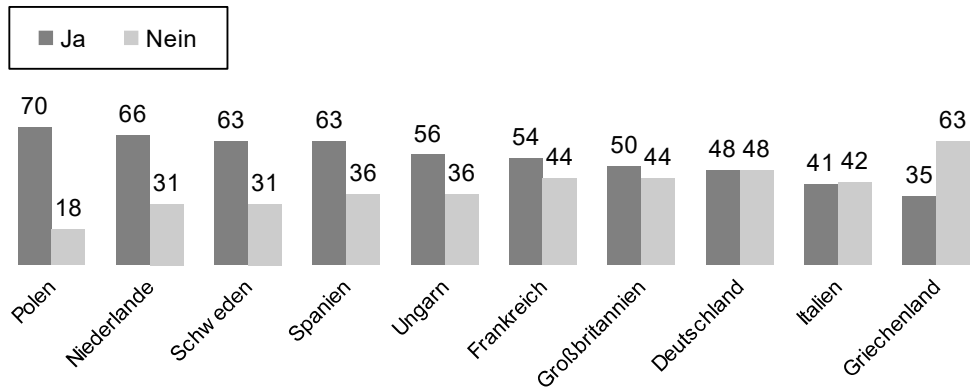
Die wirtschaftlichen Vorteile sind aus Sicht vieler Europäer nicht das stärkste Argument für die Europäische Union. Darauf deuten die Ergebnisse einer international vergleichenden Umfrage von 2018 hin. Auf die Frage „Glauben Sie, dass die Europäische Union den Wohlstand fördert?“, antworteten die Bürger aus zehn europäischen Ländern uneinheitlich: Während in Polen, den Niederlanden, Schweden, Spanien und Ungarn deutliche Mehrheiten mit „Ja“ antworteten, fielen die Mehrheiten in Frankreich und Großbritannien recht knapp aus. Die Deutschen und Italiener zeigten sich in dieser Frage gespalten, in Griechenland glaubte eine klare Mehrheit von fast zwei Dritteln der

4 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 10093.

Befragten nicht, dass die Europäische Union den Wohlstand befördere (Grafik 2). Diese Reaktion ist sicherlich als Spätfolge der tiefen Wirtschaftskrise Griechenlands im letzten Jahrzehnt zu deuten. Sie zeigt damit, wie unsicher das ökonomische Argument zugunsten der Europäischen Union in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sein kann.

Grafik 2: Die Europäische Union – ein ökonomisches Projekt?

Frage: „Glauben Sie, dass die Europäische Union den Wohlstand fördert?“



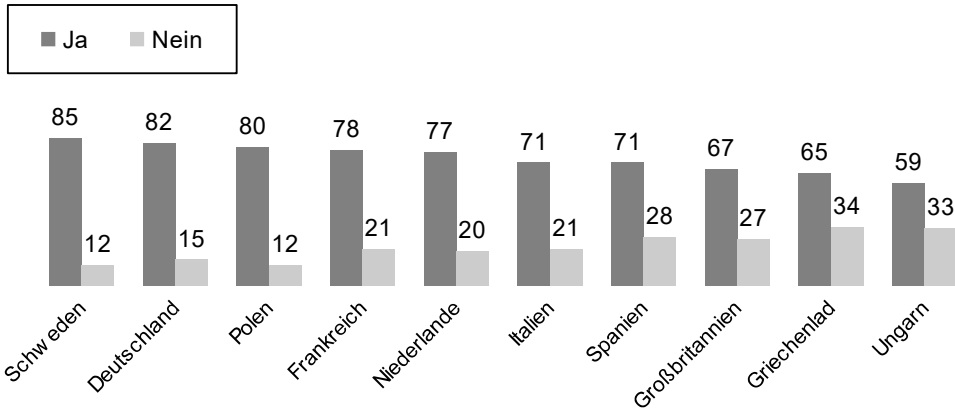
An 100 fehlende Prozent: Weiß nicht, keine Angabe; Quelle: Pew Reserch Center: Global Attitudes Survey 2018.

Eindeutiger fielen die Antworten auf die Frage „Glauben Sie, dass die Europäische Union den Frieden fördert?“ aus. Sie wurde in allen zehn Ländern von großen Mehrheiten bejaht (Grafik 3). Aufschlussreich ist der Blick nach Ungarn: Hier war der Anteil derjenigen, die sagten, die Europäische Union befördere den Frieden, mit 59 Prozent zwar am geringsten, doch auch dies ist noch eine deutliche Mehrheit. Bei der in Grafik 1 dokumentierten Frage erwähnten dagegen nur sehr wenige Befragte die friedensstiftende Funktion der Europäischen Union. Erklärbar wird dieser scheinbare Widerspruch dadurch, dass es sich bei der in Ungarn gestellten Frage nach den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft um eine „offene“ Frage handelte, bei der keine Antwortkategorien vorgegeben wurden. Stattdessen formulierten die Befragten ihre Antworten frei, reagierten also spontaner.

Der Kontrast zwischen den Ergebnissen illustriert mögliche Folgen der Vernachlässigung des Friedensthemas in der öffentlichen Diskussion: Zwar nennt eine klare Mehrheit der Ungarn auf eine direkte Nachfrage die Friedensfunktion der Europäischen Union, aber nicht ohne ausdrücklichen Hinweis. Das bedeutet, dass die Befürworter der europäischen Einigung und die Vertreter der Union in ihrem Bemühen, den Bürgern die europäische Integration durch das Unterstreichen der ökonomischen Vorzüge schmackhaft zu machen, das vermutlich stärkste Argument für die Einigung verloren haben.

Grafik 3: Die Europäische Union – ein Friedensprojekt?

Frage: „Glauben Sie, dass die Europäische Union den Frieden fördert?“



An 100 fehlende Prozent: Weiß nicht, keine Angabe; Quelle: Pew Reserch Center: Global Attitudes Survey 2018.

Der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs

Bereits in den letzten Jahren zeigte sich, dass der Entschluss Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, zweierlei Auswirkungen auf das Meinungsklima in Europa hatte: In den verbleibenden Mitgliedsländern führte er eher zu einer stärkeren Zustimmung zur Notwendigkeit einer europäischen Integration. Nachdem vor 2016 in vielen Ländern das Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen abgenommen hatte und viele Bürger gefordert hatten, Kompetenzen von der europäischen Ebene an die Nationalstaaten zurück zu übertragen, wurde das Urteil über die Europäische Union bereits unmittelbar nach dem Beschluss der Briten, die Gemeinschaft zu verlassen, wieder deutlich positiver.⁵

In Großbritannien blieb die Bevölkerung nach der Abstimmung in nahezu zwei gleich große Gruppen von Befürwortern und Gegnern des Austritts gespalten,⁶ aber es baute sich mit dem Näherrücken des Austrittstermins ein Unbehagen in der Gesellschaft auf. Fast monatlich wuchs 2017 und 2018 die Zahl der britischen Bürger, die ihrer Regierung nicht zutrauten, eine gute Verhandlungslösung für den Ausstieg zu finden. Gleichzeitig dominierte das Thema die öffentliche Diskussion stärker als vor dem Ausstiegsbeschluss.⁷

Beide Tendenzen haben sich verfestigt. In Großbritannien hat das Thema „Brexit“ alle anderen politischen Diskussionen marginalisiert. Ipsos MORI stellt in Repräsentativumfragen regelmäßig die Frage „Was würden Sie sagen, ist heute das wichtigste Thema in Großbritannien?“ Es handelt sich um eine offene Frage, die Befragten formulieren ihre Antworten frei. 2016 standen Antworten, die auf die Europäische Union verwiesen, noch an zweiter Stelle hinter dem Thema Einwanderung. Im Juli 2019 stehen sie mit weitem Abstand (47 Prozent der Befragten) an erster Stelle. Andere Themen wie Einwanderung oder das prekäre Gesundheitssystem kamen auf weniger als 10 Prozent (Grafik 4).

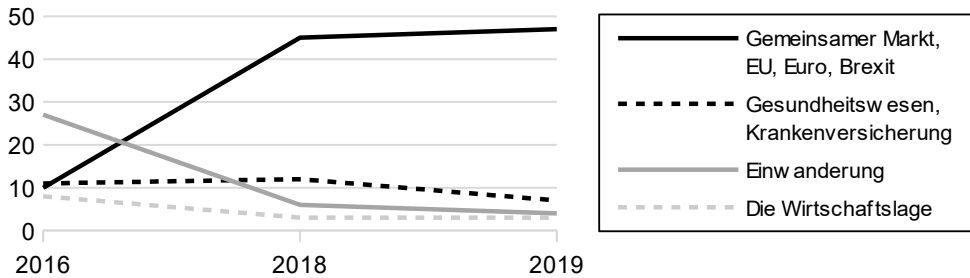
5 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, Baden-Baden 2017, S. 197-206, dort S. 198-201.

6 Vgl. Petersen: Die öffentliche Meinung, 2017, S. 202-203.

7 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, Baden-Baden 2018, S. 153-160, dort S. 155-157.

Grafik 4: Großbritannien: Wichtige Themen

Frage: „Was würden Sie sagen, ist heute das wichtigste Thema in Großbritannien?“
(Offene Frage, keine Antwortvorgaben)



Quelle: Ipsos MORI Issues Index, zuletzt Juli 2019 – Auszug aus den Angaben.

Zudem scheint in der britischen Bevölkerung der Eindruck zu wachsen, dass der EU-Austritt keine neue Chancen für das Land bietet, sondern Schaden anrichten wird, teilweise sogar schon Schaden angerichtet hat. Auf die im Mai 2019 gestellte Frage, ob die Austrittsentscheidung das Ansehen des Vereinigten Königreichs in der Welt „sehr gestärkt, etwas gestärkt, sehr beschädigt oder etwas beschädigt“ habe, sagten 54 Prozent der Befragten, der Beschluss habe das Ansehen sehr oder etwas beschädigt. Lediglich 20 Prozent glaubten, das Ansehen sei gestärkt worden. Ähnlich fielen die Antworten auf die Frage aus: „Wenn Großbritannien die Europäische Union verlässt, wird dann der Einfluss Großbritanniens in der Welt wachsen, sinken, oder wird sich da nichts ändern?“ 40 Prozent meinten, der Einfluss werde sinken, nur 23 Prozent glaubten an einen wachsenden Einfluss. Bei der Frage, ob Großbritannien nach dem EU-Austritt besser oder schlechter gegen seine Feinde geschützt sein werde, entschieden sich 35 Prozent für die pessimistische, nur 15 Prozent für die optimistische Antwort.⁸ Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass bei einer nach wie vor in zwei fast gleich große Hälften von Austrittsbefürwortern und -gegnern gespaltenen Bevölkerung dennoch langsam aber beständig der Anteil derjenigen zunimmt, die bei einer erneuten Abstimmung für den Verbleib in der Europäischen Union stimmen würden.⁹

In der EU-27 hat sich der unmittelbar nach der britischen Volksabstimmung vom Juni 2016 zu beobachtende Umschwung zu einem positiveren Urteil über die Europäische Union verfestigt. In Polen ist der Anteil derjenigen, die sagen, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes brächte mehr Vor- als Nachteile, von Werten um 60 Prozent im vergangenen Jahrzehnt auf 78 Prozent im März 2019 angestiegen.¹⁰ Die allgemeine Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft lag im Dezember 2018 stabil auf dem Rekordniveau von 87 Prozent. Nur

8 Ipsos MORI: Global Britain, Mai 2019, abrufbar unter: https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-06/global_britain_version_1_client_use_only_140519.pdf (letzter Zugriff: 9.8.2019), S. 9-11.

9 Vgl. What UK thinks EU: If there was a referendum on Britain's membership of the EU, how would you vote? (Eurotrack), 13.5.2019, abrufbar unter: <https://whatukthinks.org/eu/questions/if-there-was-a-referendum-on-britains-membership-of-the-eu-how-would-you-vote-2/> (letzter Zugriff: 9.8.2019).

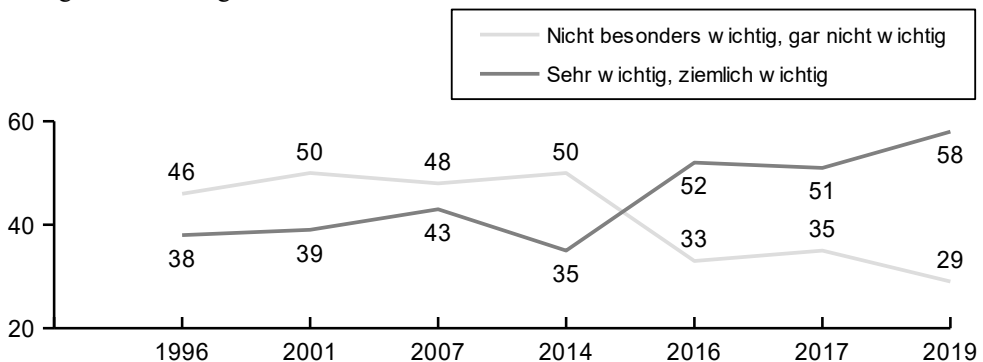
10 Vgl. Public Opinion Research Center (CBOS): 15 years of Poland's membership in the European Union, in: Polish Public Opinion 4/2019, S. 1-2, hier S. 1.

sieben Prozent der Befragten lehnten sie ab.¹¹ In Deutschland ist der Anteil derjenigen, die sagen, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen in die Europäische Union, zwar wieder von 42 Prozent im September 2017 auf 35 Prozent im Juni 2018 zurückgegangen,¹² doch dieser Wert liegt noch immer deutlich über denen aus den Jahren vor der Brexit-Entscheidung: Im Dezember 2015 hatten nur 24 Prozent diese Antworten gegeben.¹³

Der Einstellungswandel zeigt sich auch in den Trenddaten des österreichischen Instituts IMAS International, das seit 1996 wiederholt fragte: „Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Österreich Mitglied in der Europäischen Union, also der EU, geworden ist? Würden Sie sagen sehr wichtig, ziemlich wichtig, nicht besonders oder gar nicht wichtig?“ 2014 hielt eine Mehrheit von 50 Prozent der Österreicher die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für nicht besonders oder gar nicht wichtig, nur 35 Prozent hielten sie für sehr oder ziemlich wichtig. Im Juli 2016, unmittelbar nach dem britischen Referendum, stieg die Zahl derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Österreichs für sehr oder ziemlich wichtig hielten, auf 52 Prozent an. Im Januar 2019 lag dieser Wert bei 58 Prozent (Grafik 5).¹⁴

Grafik 5: Österreich: Bedeutung der EU-Mitgliedschaft

Frage: „Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach, dass Österreich Mitglied der Europäischen Union, also der EU, geworden ist? Würden Sie sagen: sehr wichtig, ziemlich wichtig, nicht besonders oder gar nicht wichtig?“



An 100 fehlende Prozent: Weiß nicht, keine Angabe; Quelle: IMAS, zuletzt Januar 2019, Archiv-Nr. 019011.

Auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit?

Eines der größten Hindernisse der europäischen Einigung ist die Tatsache, dass politische und gesellschaftliche Diskussionen innerhalb der Mitgliedstaaten stattfinden, sogar auch bei Fragen, bei denen eine europaweite Debatte angebracht wäre. Das Fehlen einer „europäischen Öffentlichkeit“ wird oft beklagt, es scheint aber nicht nur angesichts der Sprachenvielfalt in Europa unrealistisch anzunehmen, diesen Zustand in absehbarer Zeit ändern zu können. Nach wie vor identifizieren sich auch die proeuropäischen Bürger mehr mit

11 Public Opinion Research Center (CBOS): Poland in the European Union, in: Polish Public Opinion 12/2018, S. 1-2, hier S. 1.

12 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen Nr. 11078/III, 11087.

13 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 11049.

14 IMAS International: Trendumkehr geht weiter: Die Bedeutung der EU nimmt in den Augen der Österreicher weiter zu, in: IMAS Report 04/2019.

ihrem Nationalstaat als mit Europa.¹⁵ So ist der Hinweis des Politikwissenschaftlers Javier Ruiz-Soler, dass es keine europäische Öffentlichkeit gebe, die nur auf ihre Entdeckung warte, folgerichtig. Allerdings stünden die „notwendigen Elemente für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit“ bereit und das Internet werde sie wesentlich befördern.¹⁶

Lassen sich solche Vermutungen empirisch bestätigen? Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Juni 2019 im Nachgang der Europawahlen zeigt, dass die Ansätze zu einer europäischen Öffentlichkeit in Deutschland noch bescheiden sind, die Aufmerksamkeit für die Europäische Union aber immerhin deutlich gewachsen ist.

Über Jahrzehnte waren die Wahlen zum Europäischen Parlament und allgemein die Europapolitik für die Bevölkerung von untergeordneter Bedeutung. Viele verstanden kaum, was das Europäische Parlament tat, kannten die Abgeordneten nicht und hatten keine ausgeprägte Meinung dazu. In der Umfrageforschung äußerte sich dies oft in unscharfen Ergebnissen. So stellte das Institut für Demoskopie Allensbach 1998 die Frage, ob das Europäische Parlament zu wenig Einfluss habe oder nicht. Daraufhin meinten 26 Prozent, es habe zu wenig Einfluss, 28 Prozent glaubten dies nicht, 46 Prozent waren unentschieden. Wenn man aber die Frage nur geringfügig umformulierte und fragte, ob das Parlament mehr Einfluss bekommen sollte, stimmten 40 Prozent zu und nur 18 Prozent nicht. Eine relative Mehrheit von 42 Prozent blieb unentschieden.¹⁷ Wenn so kleine Veränderungen im Fragetext derart große Effekte auslösen und gleichzeitig die meisten Befragten auf die Antwortkategorie „Unentschieden“ ausweichen, ist das ein sicheres Zeichen für fehlende Meinungsbildung. Die Europapolitik lag für die meisten Bürger in weiter Ferne.

2019 fanden auch die Europawahlen deutlich mehr Aufmerksamkeit als frühere Wahlen. Die Frage „Haben Sie sich in letzter Zeit mal mit irgendjemand über die Europawahl unterhalten?“ bejahten im Juni 2019 mehr als zwei Drittel der Befragten.¹⁸ Als die Frage 1989 schon einmal gestellt worden war, hatten dies nach den damaligen Wahlen nur 52 Prozent gesagt.¹⁹ Ebenfalls mehr als zwei Drittel, 72 Prozent, sagten im Juni 2019, dass sie sich etwas für die Wahlen zum Europäischen Parlament und ihre politischen Folgen interessierten. Nur 27 Prozent meinten, dass sie sich dafür kaum oder gar nicht interessierten. Der Aussage „Die Europawahl ist keine besonders wichtige Wahl, da das Europäische Parlament nicht viel zu sagen hat und wichtige Entscheidungen ohnehin anderswo getroffen werden“ stimmten gerade 21 Prozent der Befragten zu, 56 Prozent widersprachen.²⁰

Bei der Einschätzung der Bedeutung europäischer Politiker zeigen sich die Bürger unsicherer. Der Frage „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Die wirklich guten Politiker kandidieren doch für die Bundestags- oder Landtagswahl. Die Politiker, die für die Europawahl kandidieren, sind doch meistens die zweite Garnitur.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ stimmte 2019 eine relative Mehrheit von 41 zu 33 Prozent zu. Bei derselben Frage waren die Ergebnisse 1999 praktisch gleich.²¹ An dieser Frage ist gut zu erkennen, wie sehr die Einstellung zur europäischen Politik eine Frage der Bildung ist: Dass es sich bei den Europapolitikern um die „zweite Garnitur“ in der Politik handele, glaubten 2019 48 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss, aber nur 36 Prozent derer,

15 Vgl. Winkler: *Verdrängte Finalität*, 2019, S. 13; Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 10093.

16 Javier Ruiz-Soler: Gibt es eine europäische Öffentlichkeit? Forschungsstand, Befunde, Ausblicke, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37/2017, S. 35-40.

17 Vgl. Thomas Petersen: *Das Feldexperiment in der Umfrageforschung*. Frankfurt am Main 2002, S. 122.

18 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12005.

19 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 5021.

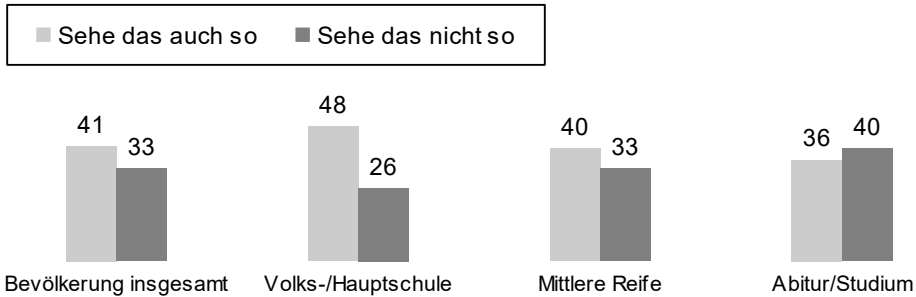
20 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12005.

21 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen Nr. 6076, 12005.

die über die Hochschulreife verfügen. Aus diesem Ergebnis lässt sich indirekt schließen, wie abstrakt die Europapolitik für viele Bürger heute noch erscheint (Grafik 6).

Grafik 6: Deutschland: Europapolitiker nur zweite Garnitur?

Frage: „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Die wirklich guten Politiker kandidieren doch für die Bundestags- oder Landtagswahl. Die Politiker, die für die Europawahlen kandidieren, sind doch meistens die ‚zweite Garnitur.‘ Sehen Sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe; Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12005.

Dass Politiker auf EU-Ebene noch immer weniger Aufmerksamkeit bei den Deutschen genießen als Bundes- oder Landespolitiker, zeigen auch die Bekanntheitswerte der wichtigsten Vertreter der EU-Politik. Immerhin 83 Prozent der Befragten sagten im Juni 2019, sie hätten schon vom Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker gehört. Zum Vergleich: Angela Merkel war zum letzten Mal, als dies erfragt wurde, 98 Prozent der Deutschen bekannt, Wolfgang Schäuble 97 Prozent und Frank-Walter Steinmeier 96 Prozent.²² Es folgen in der Rangliste der bekanntesten EU-Politiker der vermutlich noch als Ministerpräsident bekannte Günther Oettinger mit 69 Prozent, Donald Tusk und Manfred Weber mit jeweils 62 Prozent und Mario Draghi mit 59 Prozent. Frans Timmermans kennen dagegen nur 40 Prozent der Deutschen. Bedeutende Persönlichkeiten wie Margrethe Vestager oder Federica Mogherini kannten nur 25 beziehungsweise 20 Prozent der Befragten, Guy Verhofstadt und Michel Barnier jeweils nur 13 Prozent. Die Bedeutung dieser Werte zeigt das Ergebnis für den in die Namensliste aufgenommenen fiktiven Politiker Ulf Ljungberg. Ihn glaubten 9 Prozent der Befragten zu kennen, nicht weniger als den Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani. Bisher beschränken sich die Kenntnisse der Bürger vom politischen Personal also auf sehr wenige herausragende Persönlichkeiten.

Das Interesse vieler Deutscher an den Europawahlen geht mittlerweile über die nationale Dimension des Ereignisses hinaus. Auf die Frage „Haben Sie mitbekommen, wie die Europawahl in Europa insgesamt ausgegangen ist, also wie die Sitze im Europäischen Parlament grob verteilt sind, oder haben Sie das nicht mitbekommen?“ antworteten nach der Wahl 2019 65 Prozent, sie hätten dies mitbekommen.²³ Hier ist mit gutem Willen der Ansatz einer europäischen Öffentlichkeit auszumachen. Doch bis zu einer lebendigen europaweiten politischen Diskussion auf Seiten der Völker ist es noch ein langer Weg.

22 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 11022.

23 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12005.